

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druk und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker
Lobeck's
 Marke: Dreiring

Fondant-Chocolade
 Rahm-Chocolade
 Bitter-Chocolade
 per Tafel 50 Pf

Cacao per 1/4 Kg. Dose 2.40 M.
 Dessert per Carton 2.3 u. 4 M.

Beilage-Zettel.
 Ausgabe von Notizen
 bis nach 11 Uhr, Sonntags
 bis nach 12 Uhr, an
 Werktagen bis nach
 11 Uhr. Die
 einseitige Beilage
 (in 6 Hefen) 30 Pf.
 Sonntags-Beilage
 aus Dresden 25 Pf.
 Die einseitige Beilage
 auf Zeit 70 Pf., die
 zweiseitige Beilage
 1.20 M. — In
 Nummern nach Sonntags-
 und Beilage die
 einseitige Beilage
 25 Pf., Sonntags-
 Beilage aus Dresden
 20 Pf. — Auswärtige
 Aufträge nur gegen
 Vorauszahlung. —
 Jedes Heftblatt kostet
 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
 Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Galerie E. Arnold
 Schloss-Strasse 34.
 V. v. Gogh, R. Dreher.

Bräute kaufen am vorteilhaftesten in der
„Raumkunst“
 Dresden-A., Viktoriastraße 57.
 Unübertroffene Auswahl billiger Wohnungseinrichtungen. Erstklassiges eigenes Fabrikat. Neuester Schlagschraubenschlüssel (D. R. P.). Eleganz - Praktisch - Billig.

Würmer
 bei Kindern und Erwachsenen, als Maden-, Spring- und Spulwürmer und andere Darmschmarotzer, werden schnell vertrieben durch d. bewährte **Medizinall**
Dr. Küchenmeisters Wärm-Präparate.
 Zur Darmreinigungskur im März beliebtes Volksmittel.
Salomonis-Apotheke, 8 Neumarkt S.
 Gegründet 1500.

Reise-Artikel und Lederwaren grösste Auswahl in allen Preislagen. Stets Neuheiten.
Robert Kunze, Altmarkt-Rathaus
 Prager Strasse 30.

Für eilige Leser.

Nutmäßige Bitterung: Nordwestwind, kalter, Regen und Schneefälle.

Im Schnellzuge Salzburg-Wien wurden einem Pariser Juwelenhändler Juwelen im Werte von 4 Millionen Mark gestohlen.

Die Bergarbeiterkonferenz in London hat beschlossen, die Verhandlungen fortzusetzen.

Die Maschinisten der Bergwerke von Südwales haben erklärt, heute in den Ausstand treten zu wollen.

Die Porte hat über das ganze syrische Küstengebiet das Kriegrecht verkündet lassen.

Der chinesisch-holländische Streitfall

Ist gewiß, an sich betrachtet, nur ein sehr wenig belangreiches Ereignis in der Reihe der politischen Geschehnisse, die in dieser an bedeutsamen Geschehnissen überreichen Zeit an dem Auge des Chronisten vorüberziehen; er wird aber bemerkenswert durch den heftigen nationalen Uebersehungs, den er auf Seiten der jungen chinesischen Republik auslöst. In Niederländisch-Indien brachen vor einigen Tagen in Batavia und Surabaja Krawalle aus, die von einer chinesischen revolutionären Geheimgesellschaft angezettelt waren und bei deren gewalttätiger Unterdrückung durch holländisches Militär einige Chinesen getötet wurden. Den Anlaß zu den Tumulten hatte das Verbot der holländischen Regierung gegeben, die republikanische chinesische Flagge zu hissen. Da ja nun die Republik in China tatsächlich eingeführt ist, so könnte das genannte Verbot auf den ersten Blick der Vermutung Raum geben, daß die Holländer sich hier ins Unrecht gesetzt hätten. Das ist indessen in Wirklichkeit durchaus nicht der Fall, vielmehr handelt es sich bei der amtlichen holländischen Maßnahme lediglich um einen Akt, der die öffentliche Ruhe und Ordnung verbürgen soll. Schon während des chinesischen Aufstandes war die republikanische Flagge von der chinesischen Geheimgesellschaft in Niederländisch-Indien fortgesetzt als revolutionäres Symbol benutzt worden, um die dortigen Chinesen zu einer herausfordernden Haltung anzuregen, und die dadurch erzeugten unaufrührlichen Bedrohungen der allgemeinen Sicherheit zwangen endlich die holländischen Behörden, den Gebrauch der republikanischen Flagge zu untersagen. Da die Voraussetzungen dieses Verbots, die auf dem auch von den besseren dortigen chinesischen Elementen selbst unliebsam empfundenen Terrorismus der erwähnten Geheimgesellschaft beruhen, noch heute fortbestehen, so hat die holländische Regierung die Erlaubnis zum Hisen der republikanischen Flagge vorläufig noch nicht erteilen können. Im übrigen liegt ihr aber, wie bereits von zuständiger Stelle erklärt worden ist, eine Feindseligkeit gegen die neue chinesische Republik vollständig fern.

Unter solchen Umständen würde der Zwischenfall in normalen Zeitläuften sicher zu keinem großen Getöse geführt haben, sondern durch einen gütlichen Ausleich in aller Stille abgetan worden sein. Die Chinesen waren bisher jedenfalls wegen vereinzelter kleiner Vorfälle, bei denen einige ihrer Staatsangehörigen Schaden litten, nicht so leicht in Harnisch zu bringen, und es bedurfte erst so hartnäckiger und schwerwiegender allgemeiner Verfolgungen ihrer Landsleute, wie sie wiederholt in den Vereinigten Staaten von Amerika stattgefunden haben, um das frühere kaiserliche Peking zu einem energischen Vorgehen zu veranlassen. Es handelte sich aber auch da noch hauptsächlich um diplomatische Vorstellungen, und die praktischen Maßnahmen beschränkten sich auf einen zeitweiligen Boykott des amerikanischen Handels in China, während es der kaiserlichen Regierung gar nicht einfiel, die Anwendung von kriegerischer Gewalt in Aussicht zu stellen. Inzwischen aber ist das kaiserliche China in eine Republik mit allerhöchster kaiserlicher Bewilligung umgewandelt worden, und die Art, wie die chinesische republikanische Regierung den Streitfall mit Holland behandelt, gibt immerhin zu denken. Die neuen Herren nehmen den Vorfall nicht einfach als das, was er ist, eine kleine Reiberei, die auf diplomatischem Wege unschwer zu erledigen ist, sondern sie betrachten ihn im Rahmen ihres nationalen Programms als die Gelegenheit zu einer Haupt- und Staatsaktion, die dazu dienen soll, die Fest-

heit ihrer eigenen Stellung und die Volkstümmlichkeit der Republik zu vermehren. Deshalb wird gleich das schwerste diplomatische Geschick, mit den schärfsten Drohungen geladen, gegen Holland aufgeföhren, und Herr Dr. Sun-Lassen, der republikanische Drahtzieher hinter den Kulissen, erklärt eine Rundgebung, worin erklärt wird, chinesische Kriegsschiffe würden Batavia bombardieren, wenn Holland keine Entschädigung für die Tötung der Chinesen bezahle.

Diese Aufwallung nationaler Feindseligkeit gegenüber Holland, die nicht einmal die amtliche Stellungnahme der Sinaer Regierung zu der Angelegenheit abzuwarten vermocht hat, bestätigt die Vorherjage der Kenner von Land und Leuten, die schon längst, ehe noch an einen Obstieg der republikanischen Bewegung gedacht werden konnte, auf die schwere Gefahr hinwiesen, die mit einem Erstarren des Nationalstolzes in China für die in Ostasien interessierten Kulturmächte verbunden sei. Das alte China, erlarrt in verrosteten Formen und von dem modernen Empfinden völlig abgeschlossen, war nichts als ein tönerner Koloss, der in seiner uneholfenen Schwerfälligkeit nicht ernstlich zu fürchten war. Das neue republikanische China aber ist voll reformatorischer Gedanken und Triebkräfte, die zugleich nach einer selbstbewussten nationalen Betätigung drängen. Je mehr das nationale Selbstbewußtsein in China sich kräftigt, desto williger wird es auch den japanischen Beirebungen zur Aufzählung einer mongolischen Kaiserherrschaft in Ostasien mit ausgeprägter Spitze gegen die weißen Kulturmächte entgegenkommen, und damit ist dann die nationale chinesische Bewegung auf dem Punkte angelangt, wo sie für die gesamte weiße Rasse die drohende gelbe Gefahr eindringlich und warnend in die Erscheinung ruft. Japan wird überlich klug genug sein, um die modernen Chinesen nicht durch aufdringliches Jurisdiktieren seiner eigenen Vormachtsziele vor den Kopf zu stoßen. Indem es der chinesischen nationalen Eitelkeit äußerlich schmeichelt und anscheinend entgegenkommt, wird es im stillen unablässig weiter wirken, um China ganz unter seinen Einfluß zu bringen und es dann als gefügiges Werkzeug zur Verwirklichung der Tokioter Parole zu benutzen: „Ostasien für die gelbe Rasse!“ Die Japaner arbeiten unangeseht mit Hochdruck an der militärischen und politischen Eroberung Chinas nach einem großangelegten Plane, durch die Reorganisation des chinesischen Meeres mit Hilfe japanischer Instruktionen, durch die Gründung japanischer Sektungen, durch die waffenhafte Anstellung japanischer Lehrer an den chinesischen Schulen. Nachdem Japan zuerst in den Jahren 1894/95 das alte kaiserliche China durch die Gewalt der Waffen von der Ueberlegenheit des japanischen Nationalstaates überzeugt hatte, schlägt es jetzt den Weg der geistigen Eroberung des großen benachbarten Mongolenstaates ein, dessen Mithilfe den Machthabern in Tokio bei der Verwirklichung ihrer ostasiatischen Herrschaftspläne unerlässlich ist. Worauf Japans Ehrgeiz ausgeht, das ist die Vornachstellung in einem mongolischen Völkerverbunde und die Secherrschaft in jenem Teile des Stillen Ozeans. Es entspricht daher durchaus nicht den japanischen Interessen, wenn China, sofern es nur gegenüber den Tokioter Plänen sich einigermaßen gefügig zeigt, in die Abhängigkeit der fremden Mächte gerät, vielmehr wird Japan stets geneigt sein, alle chinesischen Selbstständigkeitsregungen gegenüber den fremden Staaten zu unterstützen. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, gewinnt der holländisch-chinesische Streitfall im gewissen Sinne ein hochpolitisches Ansehen. Er zuckt wie ein Wetterleuchten über den schon von so manchem schweren Gewitter heimgesuchten ostasiatischen Horizont und mahnt die weißen Völker, auf der Hut zu sein vor überraschenden Ausbrüchen des mongolischen Rassenfanatismus, die sich aus kleinen Ursachen zu unübersehbaren Wirkungen auswachsen können.

Neueste Drahtmeldungen

nom 28. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die zweite Beratung des Etats begann mit dem Etat des Reichsaufsichts des Innern. Abg. Wurm (Soz.) behauptete: Alle Sozialreformen kommen von der Sozialdemokratie. (Lebhafte Widerspruch bei den bürgerlichen Parteien.) Digne die Sozialdemokraten sei kein sozialpolitisches Gesetz zustande gekommen. (Erneuter Widerspruch.) Erst seit die Sozialdemokraten in die deutschen Parlamente eingezogen seien, habe die Sozialpolitik

begonnen. Die Sozialdemokraten brauchen nicht erst aufgeföhrt zu werden, praktisch mitzuarbeiten. Im Gegenteil, sehr Redner fort. Sie müssen aufgeschrieben werden. Sie müssen erklären, ob Sie endlich praktisch mit uns arbeiten wollen. Es ist unklar, daß unser Grundgesetz ist: Alles oder nichts. (Lebhafte Oho-Rufe.) Wir hätten uns aber, für das Vorfengericht einer kleinen Verbesserung einen Satz voll Verschlechterungen in den Kauf zu nehmen. Die Mächten der Mittelhandpolitik sind ganz nutzlos. Unsere Politik ist zu Geldentaten à la Robit gewiß christlich, aber zum Arbeiterkampf ist sie durchaus unbrauchbar. — Abg. Dr. Weyer (Zentr.): Deutschlands Außenhandel ist stetig gestiegen und weicht für 1911 Rekordzahlen auf. Der deutsche Export hat ein doppelt so schnelles Entwicklungstempo, wie der englische, so daß der Schluß berechtigt ist, daß Deutschland in spätestens 10 Jahren seinen Konkurrenten auf dem Weltmarkt überholt haben wird. (Lebhafte Oho! Oho!) In elektrischen Erzeugnissen sind wir England bereits überlegen. Bezüglich der Kohlenproduktion ist Deutschland im letzten Jahrzehnt aus einem Einfuhrland ein Ausfuhrland geworden. Nach den Vereinigten Staaten führen wir am meisten Rohstoffe dem Weltmarkt zu. Diese Entwicklung wird sich noch verschärfen. Unser Außenhandel war 1911 trotz zahlreicher Hemmnisse zufriedenstellend. Die Zahlungsbilanz hat sich seit 1909 aus der Passivität herausgearbeitet und ist seit 1911 ein aktiver. Leider ist unsere Statistik sehr mangelhaft. Die Entwicklung unserer Volkswirtschaft im Innern ist erfreulich. Unsere Industrie ist voll beschäftigt. Die Arbeiterlöhne haben eine steigende Tendenz. Der Beitritt des preussischen Reichs zum rheinisch-westfälischen Kohlenbund ist volkswirtschaftlich von größter Bedeutung. Das Kohlenpreisschiff hat die Preise sofort um 25 Pfg. bis 1 MZ. erhöht. Das ist für die inländische Bevölkerung Brennstoff eine Mehrbelastung von mindestens 22 Millionen. Diese Preisbildung wird Schule machen. Das ist eine Mehrbelastung der Allgemeinheit, die einer großen Konsumsteuer gleichkommt, allerdings ohne Zustimmung des Parlaments, aber mit Einwilligung der Regierung. Deutschland hat durch das Syndikat die teuerste Kohle der Welt. Jetzt bei steigender Konjunktur steigt man die Preise. Um die Sache schmacht zu machen, weist man auf eine Lohnverhöhung hin, die aber keinesfalls der Erhöhung der Verkaufspreise entspricht. Das Kohlenpreisschiff hätte niemals diese Preisverhöhung gewagt, wenn nicht der preussische Reichstag mitgemacht hätte. Er wollte auch einmal aus der großen Schüssel essen. Unser Antrag gegen den Mißbrauch der Kartelle ist vom Reichstage einstimmig angenommen worden, und jetzt kommt der preussische Minister selber hin und macht die Preisverhöhung des wichtigsten Konsumartikels der Industrie mit, was ohne sein Zutun nicht möglich wäre. Ein Reichs-Petroleummonopol würde eine Verteuerung des Petroleums bringen. Auch die deutsche Landwirtschaft hat die Hoffnungen voll erfüllt, die auf sie gesetzt wurden. Unter dem Schutze unserer Wirtschaftspolitik haben wir es fertig gebracht, unsere Viehverzorgung bis auf 95 Prozent zu heben und dabei pro Kopf der Bevölkerung den Fleischgenuss zu verdoppeln. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß die deutsche Landwirtschaft auch die Getreideverforgung Deutschlands voll wird leisten können. Die Arbeiterlöhne sind sehr gestiegen. Gewiß wollen wir da noch weiterarbeiten, aber mit Ihren Uebertriebungen schädigen Sie nur die Arbeiterkraft. Unsere jetzige Wirtschaftspolitik ist die Voraussetzung der Sozialpolitik. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden die seit dreißig Jahren bewährte Wirtschaftspolitik fortföhren. Die vornehmste Aufgabe dieses Reichstages ist die Vorbereitung der Handelsverträge. Dabei beantragen wir zuverlässige und umfassende Produktionsstatistiken und fordern weiter eine Einwirkung auf die konkurrierenden Länder hinsichtlich der Gleichstellung in der sozialen Mehrbelastung. (Beifall.) Redner schließt mit dem Bunde, daß der Kampf um die Handelsverträge nicht wieder zu einer Zerrüttung führe wie 1902. (Beifall im Zentrum und rechts.) — Abg. Pauli-Haagenow fragt, wie es mit der Frage der Abgrenzung von Fabrik und Handwert stehe. Das Reichsstatistikat setzt die Preise für seine Produkte fest, dem Handwert verbietet man es durch Paragraph 100 a. Im Submissionswesen werde immer noch nach dem alten System weitergearbeitet. Die Regierung brauche nur mit gutem Willen im Verwaltungswege einzugreifen. Redner verurteilt die von der Regierung bei den Submissionen betätigten Grundfälle. Unter Entzückungsrufen der Linken kritisiert Redner das Unterrechtssystem in den Vorbildungsschulen, insbesondere die Bürgerkunde, die gar nichts nütze. Auf einen Jurist folgt er hinzu, daß auch der Religionsunterricht nicht hineingehöre. Er kritisiert gegen die Tarifverträge, fordert die Inkraftsetzung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen und schließt mit der Aufforderung an die Regierung: „Nun endlich Taten am Mittelhand!“ — Abg. von Morawski (Polen) verlanat Parität für die Polen bei staatlichen Submissionen. Die Regierung habe ein allmächtiges Schuldkonto gegenüber der polnischen Bevölkerung. — Abg. Graf Posadowski: In unserer Entwicklung ist scharfe Kritik geübt worden. Das Ausland denkt aber anders und beneidet uns um unsere Erfolge. Das deutsche Volk sollte sich von der inneren Geißelung unserer Zustände überzeugen, dann würde der nationale Stolz, unser politisches Schwergewicht gestärkt werden. Ein Beamter müßte sich vor jedem politischen Mißbrauch hüten, aber er müßte das Publikum, mit dem er direkt in Verbindung kommt, über die wahren Zustände des Landes aufklären. Im modernen Staat müßte der Beamte mit allen Erinnerungen an den alten Polizeistaat brechen. Er müßte das Gefühl haben, daß er das aus-

Eßt Pfunds Yoghurt!